

Kommunalpolitik der Zukunft braucht mehr Beteiligung

Von Klaus-Peter Murawski

Bürgermeister für Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser der Landeshauptstadt Stuttgart

1. Die Kommune ist der Lebenszentrum des Menschen

Die Kommunalverwaltung mit ihren Dienstleistungen begleitet den Menschen von seiner Geburt bis zum Tod. Für ihn ist die Kommune Dienstleisterin und Gewährleisterin im positiven Sinne. Kommune ist im Vergleich zu allen anderen staatlichen Ebenen die niederschwelligste. Die politisch agierenden Personen wie (Ober-)Bürgermeister, StadträtInnen etc. bekommen daher auch regelmäßig gute Noten von den BürgerInnen. Die Kommunalpolitik ist die für die Menschen unmittelbarste und damit wichtigste politische Ebene; sie braucht aber noch viel mehr Beteiligung!

2. Die Kommune ist die Keimzelle für politisches Engagement in der Demokratie

Die BürgerInnen identifizieren sich am stärksten mit ihrer Heimatstadt oder ihrem Dorf, in Großstädten oft sogar mit dem Bezirk, in dem sie geboren sind oder in dem sie leben. Sie sind auch am ehesten bereit, sich für „ihre Stadt“, „ihren Stadtteil“ oder „ihr Dorf“ zu engagieren. Das muss nicht immer ein politisches Engagement – oder gar ein parteipolitisches – sein. Aber immer hat es dabei mit dem unmittelbaren Umfeld zu tun. Dieses soll durch direkte Einflussnahme möglichst verbessert werden.

3. Bürgerbeteiligung in der Kommune

Bürgerbeteiligung ist das urgrüne Thema schlecht hin. Die Partei hat ihre Wurzeln in der Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung. Waren es vor 20-30 Jahren noch fast ausschließlich bundes- bzw. außenpolitische Themen, findet heute die Auseinandersetzung mit Politik und Gesellschaft in der Regel (positiv) auf kommunaler Ebene statt. Bekanntestes Beispiel sind die Lokale Agenda Prozesse, die es in fast jeder Stadt gibt.

Ich würde mir mehr Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene wünschen. Leider bestehen bei uns immer noch erhebliche Vorbehalte dagegen. Auf der einen Seite befürchtet das politische Establishment um seinen Alleinherrschaftsanspruch, auf der anderen Seite traut man offensichtlich den Menschen nur wenig politische Vernunft zu

Die Beteiligung der BürgerInnen an den kommunalen Planungen ist auch ohne formale Grundlagen möglich. Wenn es aber nicht ernsthaft gewollt ist, plädiere ich für mehr Ehrlichkeit und den Verzicht auf Pseudo-Beteiligung.

Kinderbeteiligung

Durch die verstärkte Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftspolitischen Prozesse können zielgenauere Planungen, die den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechen, eine Akzeptanzsteigerung von Rechten und Pflichten, ein Interessenausgleich zwischen Jung und Alt und die Steigerung der Lebens- und Wertekultur zwischen den Nationen und Generationen erreicht werden.

Ein weiteres Anliegen von mir sind Kinderversammlungen – analog der Bürgerversammlungen. In diesen Versammlungen können die Kinder ihre Belange, ihre Sorgen und Anregungen, aber auch ihre Kritik dem Bürgermeister oder

Oberbürgermeister gegenüber artikulieren. Voraussetzung ist allerdings, dass wir Kinder genauso für voll nehmen, wie die Erwachsenen.

Jugendräte

In vielen Städten gibt es so genannte Jugendräte. Jugendliche werden von Jugendlichen – meist unter Beteiligung der Schulen – als VertreterInnen in die gleichnamigen Gremien gewählt. Wenn diese auch keine Entscheidungskompetenz haben, können sie doch Anregungen geben. Wenn diese ernstgenommen werden, besteht die realistische Chance, dass wir den Jugendlichen Politik als greifbar, interessant, realistisch, verantwortungsvoll und ehrlich vermitteln können.

Ehrenamtliches Engagement

Bürger engagieren sich auf allen Ebenen gesellschaftlichen Lebens – am meisten jedoch in ihrem unmittelbaren Umfeld. Stuttgart hat eine Ehrenamtsbörse – auch im Internet - geschaffen, bei der sich Interessierte über Möglichkeiten informieren können, wo sie sich dauerhaft oder temporär engagieren wollen. Dieses ehrenamtliche Engagement zu fördern und die notwendigen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, sei es finanziell, ideell oder durch Bereitstellung von Logistik und Räumen (Bürgerhäuser), ist eine vornehme Aufgabe von Kommunalpolitik.